

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Schule und Weiterbildung	04.09.2018

Mehrstelle Elternberatung Inklusion

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat am 27.11.2017 (Vorlagennummer 3326/2017) die Freigabe der im Haushaltsplan 2016/2017 für die Maßnahme Elternberatung Inklusion einmalig für 2017 bereitgestellten Mittel in Höhe von 70.000 Euro (Personalkosten und Sachaufwendungen) beschlossen.

Für diese Maßnahme wurde eine entsprechende Mehrstelle (0,7 Verwaltungsbeschäftigte/r EGr. E11 TVöD) befristet bis zum 31.12.2018 eingerichtet. Die Stellenbesetzung sollte unterjährig in 2017 zum 01.12.2017 erfolgen. Die in 2017 nicht verausgabten Mittel wurden im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 in das Haushaltsjahr 2018 übertragen.

Die Mehrstelle wurde Ende 2017 bis Ende Januar 2018 intern ausgeschrieben. Im April 2018 fand die Auswahlrunde mit der einzigen Bewerberin statt, sie erhielt eine Zusage. Aus persönlichen Gründen hat die Bewerberin jedoch im Mai 2018 die Stelle abgelehnt.

Es wurde eine erneute Stellenausschreibung, sowohl intern wie extern, erwogen. Ein erneutes Stellenbesetzungsverfahren hätte zu einer Besetzung der Stelle erst im August/September 2018 führen können, für eine verbleibende Laufzeit von vier bzw. fünf Monaten. Unter diesen Bedingungen wurde eine Besetzung der Stelle für unrealistisch eingeschätzt und im Hinblick auf den Aufbau der Elternberatung Inklusion auch für nicht zielführend.

Ein erneuter Versuch die Stelle zu besetzen erfordert die Beschlussfassung der Verlängerung der Stelle Elternberatung Inklusion über den 31.12.2018 hinaus sowie eine gesicherte Finanzierung der Stelle.

Gez. Dr. Klein